



Heidrun Bluhm

Mitglied des
Deutschen Bundestages

- Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- Mitglied und Obfrau im Petitionsausschuss
- stellv. Mitglied im Haushaltsausschuss

Impressum
Deutscher Bundestag
Büro Heidrun Bluhm
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 22770258
Fax: 030 22778155
E-Mail: heidrun.bluhm
@bundestag.de
www.heidrun-bluhm.de
V.i.S.d.P.: Heidrun Bluhm

Solidarische Bürgerversicherung – Damit Gesundheit für alle bezahlbar bleibt

Die kürzlich von der Bundesregierung durchgeführte Operation „Gesundheitsreform“ bringt dem Patienten Deutschland leider nicht die gewünschte Genesung. Die SPD bricht weiter ihre Wahlversprechen (Bürgerversicherung), die CDU setzt weitere Einschnitte bei den Versicherten durch (Beitragserhöhung). Der gemeinsame Nenner der Großen Koalition bleibt das Abkassieren der einfachen Bürgerinnen und Bürger: Nach Mehrwertsteuererhöhung und Pendlerpauschalenkürzung kommen nun auch noch höhere Kassenbeiträge. DIE LINKE. im Bundestag streitet weiter für eine Solidarische Bürger- und Bürgerinnenversicherung. Einseitige Belastungen der Versicherten, wie Praxisgebühren und Zuzahlungen sollen zurückgenommen werden. Dabei ist es uns wichtig, die Einnahmebasis zu verbreitern, damit ein leistungsfähiges Gesundheitssystem für alle erhalten bleibt. Deshalb fordert DIE LINKE. die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und Einbeziehung der Privatversicherten in die solidarische Versicherung. Es kann nicht sein, dass sich gerade Menschen mit hohem Einkommen weiterhin aus der Solidarität verabschieden können, indem sie in private Krankenkassen wechseln. Eine Umverteilung der stetig steigenden Kosten zu Lasten der Beschäftigten, der Einkommensschwachen und der

Kranken darf es nicht geben. Die Koalition ist die wichtigen Schritte für eine wirkliche Gesundheitsreform nicht gegangen: Ersetzung der Lohnnebenkosten durch eine Wertschöpfungsabgabe, Finanzierungsbeitrag der Pharmakonzerne, Reduzierung der Kassenzahl, wirklicher Ausgleich zwischen den Kassen entsprechend dem Krankheitsrisiko der Versicherten – überall Fehlansätze. Für mich als Bundestagsabgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern ist dabei besonders wichtig, dass die medizinische Versorgung in ländlichen Gebieten sichergestellt bleibt. Die Grundprinzipien im deutschen Gesundheitssystem haben sich bewährt. Alle Versicherten müssen jederzeit Zugang zu der für sie besten und effektivsten Behandlung erhalten. Auch die Pharmakonzerne, Krankenhäuser und Ärzte müssen ihren Beitrag im Gesundheitssystem leisten. Falsche finanzielle Anreize und ausufernde Bürokratie müssen abgebaut werden.

Börsengang der Bahn verhindern

Die Regierungsparteien wollen bis zum September über den Verkauf der Deutschen Bahn AG entscheiden. Dabei geht es Ihnen nur noch um das „Wie“ des noch zu 100 Prozent im Bundesbesitz befindlichen Unternehmens. DIE LINKE. ist die einzige Fraktion →

Termine (Auswahl)

- 14.8. Wahlkampfauftakt mit dem Spitzenkandidaten in MV mit W. Methling, Rostock, Uni-Platz
- 15.8. Zingst, Strandpromenade
- 28.8. 11.00 Uhr Eröffnung der Bundestagsausstellung, Wurm-Passage in Schwerin
- 29.8. Wahlkreistermine, Bürgersprechstunde in Uecker-Randow
- 30.8. Wahlkreistermine, Bürgersprechstunde in Müritz
- 11.9. Güstrow, Borwinbrunnen
- 13.9. Neustrelitz, Backfabrik mit Thorsten Koplin
- 14.9. Wahlkreistermine, Bürgersprechstunde in Neubrandenburg
- 14.9. 15 – 19 Uhr „Forum“ mit O. Lafontaine und G. Gysi in Pasewalk

im Bundestag, die sich ohne Wenn und Aber gegen jeglichen Börsengang der DB AG ausspricht.

Dabei geht es um Vermögen, das der Steuerzahler über Jahre geschaffen hat. Es ist dem Allgemeinwohl verpflichtet. Offiziell werden lediglich fünf bis neun Milliarden Euro Privatisierungserlös erwartet. Bei seriöser und verantwortungsvoller Bilanzierung liegt der Wert der Bahn weit über 100 Milliarden Euro. Ein Börsengang wäre nichts anderes als eine „Enteignung des Volkes“. Im Fall einer Privatisierung drohen erhebliche Nachteile: Weniger Verkehrsleistung bei steigenden Fahrtkosten, weiterer massiver Abbau von Arbeitsplätzen, Ausdünnung des Verkehrsnetzes – gerade im ländlichen Raum, wo sich Strecken „nicht rechnen“. Private Unternehmen sind nun mal einer hohen Rendite verpflichtet und die widerspricht dem Prinzip des Allgemeinwohls.

Bei dauerhaft hohen Benzin-kosten wäre Mobilität dann endgültig ein Privileg der Besserverdienenden. Eine moderne Dienstleistungsgesellschaft braucht aber eine leistungsfähige Infrastruktur. Das gilt für die Beförderung von Personen und Gütern gleichermaßen. Bei der Verlagerung des weiter anwachsenden Güterverkehrs

von der Straße auf die Schiene hat die Regierung versagt: Der LKW-Verkehr auf unseren Straßen nimmt weiter zu, die Bedeutung der Schiene nimmt ab. Die Folgen: Umweltzerstörung, zunehmende Flächenversiegelung und Staus. Wir, DIE LINKE. im Bundestag, wollen eine bezahlbare und servicefreundliche Bahn für alle.

Rechtsradikalismus nicht verharmlosen

2005 sind die Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund im Vergleich zum Vorjahr um 27,5 Prozent, die rechtsextremistische Gewalttaten um 23,5 Prozent gestiegen. Eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag ergab: Im Bundes-schnitt registriert das Ministerium des Innern stündlich eine rechtsextreme Straftat und täglich 2 1/2 Gewalttaten. Verharmlosung von Rechtsextremismus ist ein Spiel mit dem Feuer. Die Linkspartei.PDS tritt ein für die öffentliche Unterstützung antifaschistischer und antirassistischer Gruppen.

Für die Linkspartei.PDS ist Mecklenburg-Vorpommern ein Land der Vielfalt, das man nicht den Einfältigen überlassen darf. Versuche der NPD unter dem Deckmantel der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit auf Stimmenfang zu gehen, um Fremdenfeindlichkeit und Into-

leranz zu propagieren, werden wir entschieden aufdecken und bekämpfen. DIE LINKE. kämpft glaubwürdig und entschieden gegen soziale Spaltungen und Rechtsextremismus. Rechtsextreme Parteien sind nicht an konstruktiver Sacharbeit interessiert; vielmehr ist von fremdenfeindlichen und nationalistischen Provokationen, Skandalen und Spaltungen zu hören. Laufende Förderprogramme in diesem Bereich müssen unbedingt erhalten und gezielt ausgeweitet werden. Eine bessere Aufklärungsarbeit durch engagierte Lehrer ist nötig. Ebenfalls müssen durch die Kommunen konkrete, solide finanzierte jugendspezifische Freizeitangebote unterbreitet werden, um nicht rechten Rattenfängern die kulturelle Hegemonie zu überlassen. Dabei reicht es nicht aus, nur nach der Verantwortung der Politik und den staatlichen Institutionen zu fragen. Rechtsextremistische Umtriebe können letztlich nur von einer couragierten Zivilgesellschaft erfolgreich zurückgewiesen werden. Mitbestimmung und Demokratie, Bildung, soziale Gerechtigkeit, kulturelle Vielfalt – das sind Wege, dem Rechtsextremismus die Grundlage zu entziehen. Rechts war, ist und wird niemals eine gesellschaftliche Alternative!